

# Südeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der "Südeder Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechzehnspfennige Zeitung oder deren Raum 30 Pf., Versammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pf., auswärtige Anzeigen 35 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 257.

Donnerstag, den 1. November 1917.

24. Jahrg.

## Parteigenossen!

Das deutsche Proletariat hat in dieser Zeit weltgeschichtlicher Geschehnisse große Aufgaben zu erfüllen.

Inmitten des schrecklichen Weltkrieges, der Millionen von Menschenleben vernichtet und unübersehbare Wirtschaftsgüter zerstört, zeigt sich klar und deutlich die Unhaltbarkeit des bisherigen Regierungssystems in Deutschland.

Unsere Brüder und Söhne im Waffenrock leisten Unerhörtes an Tapferkeit und Opfermut. Das deutsche Volk erträgt mit bewundernswertem Ausdauer alle Nöte des Krieges. Gedenkt zum Frieden bereit, kämpft und duldet es, um die Heimat zu verteidigen, nicht um Eroberungen oder sonstige Beute zu machen. Wiederholt wurde das vor aller Welt befunden; von den Sozialdemokraten seit Anbeginn des Krieges, von der deutschen Volksvertretung ganz unzweideutig durch die Entschließung vom 19. Juli 1917. Die Reichsregierung, die wiederholt ihre Bereitschaft zu Friedensverhandlungen ausgesprochen, hat sich in ihrer Antwort auf die Papstnote zu dieser Entschließung des Reichstages bekannt.

Die gegnerischen Regierungen wollen die Fortführung des Krieges; sie wissen, daß ihre Friedensziele nur nach der vollständigen Niederwerfung Deutschlands verwirklicht werden könnten.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Stellung der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Der Würzburger Parteitag hat die bisherige Taktik der Sozialdemokratie gebilligt und auch die Forderungen gutgeheissen und zu den seintigen gemacht, die die parlamentarischen Vertreter der Partei im Kriege hinsichtlich der Demokratisierung aller unserer öffentlichen Einrichtungen aufgestellt haben.

Wir kämpfen jetzt in erster Linie für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen. Das ist die wichtigste Frage der deutschen Politik. Wir verlangen die Autonomie für Elsaß-Lothringen im Rahmen des Reiches. Der Belagerungszustand und die politische Zensur müssen beseitigt werden.

Die öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeiter-Interessen durch Arbeitstümern muß durchgeführt, das Koalitionsrecht muß sichergestellt werden.

Die ausreichende Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln ist die dringlichste Aufgabe. Der Lebensmittelwucher muß unmöglich gemacht werden. Erfüllt werden müssen die Forderungen nach auskömmlicher Hilfe für alle Notleidenden. Die Soldaten müssen vor jeglicher Willkür geschützt werden.

In allen diesen Fragen ist das klassenbewußte Proletariat einig. Wenn es trotzdem organisatorisch gespalten ist, so ist das in seinem eigenen Interesse zu beklagen. Nur wenn der Kampf in geschlossenen Reihen geführt wird, ist der Erfolg gewiß. Der Kampf, den die Sozialdemokratie zu führen hat, wird umso schwerer sein, wenn der Versuch gelingt, die gesamte Reaktion in der deutschen Vaterlandspartei zusammen zu schweißen.

Die deutsche Vaterlandspartei verlängert den Krieg durch ihre Eroberungs- und Vergewaltigungspläne; sie will nichts wissen von einem Frieden der Verständigung; ihre bekanntesten Vertreter sind Gegner jedweder Demokratisierung. Sie wollen aufrechterhalten, was nach der Überzeugung aller Einsichtigen fallen muß: die Vorherrschaft der Geldmacht und die Privilegien der Geburt. Aus den Milizen und aber Millionen, die die Schwerindustrie als Kriegsgewinne einsteckt, wird die Reaktion gespeist, werden Zeitungen aufgekauft, die die öffentliche Meinung zugunsten der Jungen und Schwerindustriellen beeinflussen. Der Kampf gegen die Vaterlandspartei, die behauptet, daß die Mehrheit des Volkes hinter ihr stehe, muß auf der ganzen Linie geführt werden. Es wird sich dann zeigen, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes den Verständigungsfrieden und die freiheitliche politische Entwicklung will. Wir fordern die Genossen auf, allerorts Versammlungen abzuhalten, um dem Votumwillen Ausdruck zu geben.

Wie schwer die wirtschaftlichen Kämpfe sein werden, die nach dem Krieg geführt werden müssen, liegt klar auf der Hand. Dort ein geeintes Unternehmertum, verbunden mit den Vorläufern der politischen Reaktion und unterstützt durch zahlreiche Behörden — hier die Arbeiterschaft im Bruderzwist. Auf diese ernsten Tatsachen hat der Würzburger Parteitag mit aller Deutlichkeit hingewiesen und die aufwendigen Schlussfolgerungen daraus gezogen. Mögen

## Schlag auf Schlag in Italien.

Den glänzenden Erfolgen der deutschen und österreichischen Truppen an der italienischen Front hat sich ein weiterer zugesellt.

60000 Italiener

haben in der friaulischen Ebene

die Waffen gestreift.

Damit ist die Gesamtzahl der Gefangenen aus der jüngsten Isonzo-Offensive auf

180 000

gestiegen.

Das ist ein Erfolg, der selbst in der Geschichte dieses Krieges einzig steht.

Hinzu kommt noch, daß neben den Gefangenen auch noch mehrere hundert Geschütze in die Hände der Sieger gefallen sind. Die Zahl der insgesamt

erbeuteten Geschütze

beträgt

mehr als 1500.

Solche Schläge kann ein Land wie Italien nicht aushalten; sie würden vernichtet. Und sie werden hoffentlich dazu beitragen, uns dem heihersehnten Frieden ein gut Stück näher zu bringen.

Berlin, 1. November. (Amtlich.) Se. Majestät der Kaiser hat für den 1. November für Preußen und Elsaß-Lothringen Flaggen und Viktoriashcheiden angeordnet.

Bei der Verfolgung in der friaulischen Ebene haben gestern hart östlich des unteren Tagliamento 60 000 Italiener mit mehreren hundert Geschützen die Waffen gestreift. Der bisherige Gewinn der 12. Isonzo-Schlacht ist damit auf 180 000 Gefangene und mehr als 1500 Geschütze gestiegen. Die italienische Armee hat eine schwere Niederlage erlitten.

Die Arbeiter erkennen, was für sie auf dem Spiele steht und mögen auch sie daran die richtigen Anwendung ziehen!

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisationen zu stärken und unserer Presse immer weitere Verbreitung zu sichern. Weit über die Reihen der industriellen Arbeiterschaft hinaus beobachten Millionen aus der werktäglichen Bevölkerung in Stadt und Land, die uns bisher fern standen, mit Spannung und Sympathie die politische Tätigkeit unserer Partei. Auch diese Kreise gilt es zu gewinnen und dauernd an die Partei zu fesseln.

Arbeiter! Parteigenossen! Seid Euch des ganzen Ernstes unserer Zeit bewußt!

Jetzt wird Deutschlands Zukunft geschmiedet und die Zukunft der Arbeiterklasse mit. Mit Geschick und Kraft müssen wir die Hämmer schwingen, wenn wir die Interessen des werktäglichen Volkes wirksam vertreten wollen.

Parteigenossen! Ihr kennt die Bedeutung der Organisationen bei der Führung unserer Kämpfe und Ihr wißt, daß die Presse unsere beste Waffe ist im Kampf für Frieden, Brot und gleiches Recht.

Sollt' pflichtbewußt!

Berlin, den 31. Oktober 1917.

Der Parteivorstand.

Bartels. Braun. Ebert. Ernst. Fuchs. Molkenbuhr.  
Müller. Pfannkuch. Scheidemann. Wels.

## Zwei neue Friedensprogramme.

Stockholmer "Sozialdemokrat", Brantings altes Blatt, widmet dem Würzburger Parteitag einen längeren Leitartikel, der den großen Erfolg der Parteiteilung anerkennen muß. Er führt diesen Erfolg etwas einseitig darauf zurück, daß die Vortheile der Michaelis, Stein, Helfferich und Capelle die deutsche Sozialdemokratie zum ersten Male wieder im Kampf gegen den kaiserlichen Militarismus und seine Heidenkunst geeinigt hätten, und er hofft von der Weiterführung dieser Ereignisse die vollständige Wiedervereinigung. Denn die Partei werde jetzt von der Illusion frei werden in der Möglichkeit zu herrschen, von der sie in Wahrheit be-

herrscht worden sei. Das ist ganz im Stile der bishergen Politik von "Sozialdemokraten", die gesellschaftlich übersieht, daß die Minderheit in Deutschland dieselbe Politik der revolutionären Phrasen treibt wie die Höglunds in Schweden, die auch dort eine Parteispaltung herbeigeführt haben.

Aber an die alten Darlegungen von "Sozialdemokraten" schließt sich eine neuartige sehr merkwürdige Betrachtung an. Das Blatt entschuldigt die deutschen Sozialdemokraten damit, daß sie etwa dem Eroberungswillen deutscher Regierungskreise nicht rücksichtslos genug entgegengestanden. Es fehlten nämlich leider den Deutschen alle Garantien dafür, daß, wenn ein solches Vorgehen den Verteidigungswillen schwäche, was immerhin möglich sei, Deutschlands Feinde dann vor seinen eigenen nationalen Rechten halt machen würden. Zum Beweis beruft sich "Sozialdemokrat" auf die Debatte über Elsaß-Lothringen. Offenbar hätten Scheidemann und Ebert eine kompakte Stimmung der sozialistischen Arbeitermassen hinter sich, wenn sie das Verbleiben Elsaß-Lothringens beim Reich forderten. Habe doch selbst Haase noch im September 1916 auf der Reichskonferenz den gleichen Standpunkt vertreten und sich nur langsam zur Volksabstimmung in Elsaß-Lothringen bekehrt. "Man hat aber einen sehr starken Eindruck", setzt "Sozialdemokrat" hinzu, "daß in diesem Punkte die sozialistische Stimmung in Deutschland so gut wie ungebrochen hinter Scheidemann steht." Ebenso ungebrochen steht aber die französische sozialistische Mehrheit hinter der Forderung Elsaß-Lothringens. Man möge diesen Konflikt unsocialistisch nennen, aber man schaffe ihn damit nicht aus der Welt — in der Lebendigen Wirklichkeit fühlen leider die Proletarier nicht so, wie sie nach den "heiligen Büchern" fühlen sollten. Man müsse sich deshalb vor der Illusion hüten, daß der Demokratisierung Deutschlands der Friede folgen werde. Es gäbe Streitfragen zwischen den Völkern, die so entscheidend seien, daß nur Sieg oder Niederlage sie zu lösen vermöchten, wie eben die Elsaß-Lothringische Frage zeige. Oder andernfalls nur eine vollständige Wandlung der politischen Auffassung, der völlige Durchbruch der Idee eines Dauerpaares durch das Recht.

Man wird kaum fehlgehen, wenn man diese Darlegung des Stockholmer Parteiblattes als Resignation gegenüber dem Stockholmer Friedenswerk auffaßt. Das letzte Manifest des holländisch-skandinavischen Komitees, das eingehende Friedensvorstellungen brachte, ist denn in der Tat auch allgemein mit ziemlicher Gleichgültigkeit aufgenommen worden. So weit die deutsche Parteipresse noch dazu Stellung genommen hat, hat sie diese Art von Friedensvorstellungen entschieden zurückgewiesen. Als Punkte, welche die Kritik besonders herausfordern, heben wir hervor: Türkisch-Armenien soll unabhängig werden, Elsaß-Lothringen soll durch Volksabstimmung über seine Staatszugehörigkeit entscheiden, die Ukraine in Österreich und Ungarn sollen zu einem geschlossenen Teilstaat zusammengelegt werden, aber Finnland soll im Verhandlungsraum russifiziertes Reiches bleiben und Island im Rahmen Großbritanniens. Flandern soll nicht einmal die selbständige Verwaltung sondern nur eine nebstehende "kulturnelle Autonomie" erhalten, Deutschland soll Schadenerfaß an Belgien zahlen, dessen Höhe das Haager Schiedsgericht festsetzen soll. Gegen die Vorstellungen des holländisch-skandinavischen Komitees über die Neuordnung auf dem Balkan hat die bulgarische Sozialdemokratie bereits den schärfsten Protest erhoben. Die Friedensvorstellungen der neutralen Sozialisten entfesseln nur neuen Streit über die Einzelheiten der Friedensbedingungen, geben aber keinerlei Weg an, wie man endlich zu Friedensverhandlungen und zum Friedensschluß gelangen könnte. Dieses Manifest von Stockholm ist daher für die Friedensarbeit trotz des darin herrschenden edlen Friedenswillens nicht recht fruchtbar.

Ganz anders steht es mit dem Friedensprogramm des russischen Arbeiter- und Soldatenrats. Wir kannten es bisher nur durch eine Meldung der Petersburger Telegraphenagentur vom 20. Oktober 1917, und da möchte es den Eindruck, dem Stockholmer Manifest sehr ähnlich zu sein. Aber diese Beurteilung wäre falsch; denn die amtliche russische Wiedergabe dieses wichtigen Dokuments ist, wenn nicht direkt gefälscht, so mindestens höchst ungenau. Die Beschlüsse des Zentralausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte sind Auflösungen an ihren Vertretern für die Entente-Konferenz. Er enthält zunächst den Antrag, für das vollständig freie Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und der baltischen Provinzen einzutreten. Die Petersburger Telegraphen-Agentur spricht statt dessen von Autonomie. Sie spricht gleichfalls von Autonomie für die Dobrudscha, während die russischen Arbeiter- und Soldatenräte auch für die völlig freies Selbstbestimmungsrecht fordern. Und so sind in einzelnen noch diese Abweichungen. Die Hauptfrage an dieser Friedensanweisung hat die Petersburger Telegraphen-Agentur aber vollkommen unterschlagen. Es ist ein Kapitel überzeichnet: "Die Wege zum Frieden". Die Arbeiter- und Soldatenräte fordern Beseitigung der alten Entente-Berträge und Abschluß neuer nicht mehr geheimer Bündnisverträge auf der Grundlage des Friedens ohne Annexions- und Kontributionen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und dieser Forderung stehen in hinzu:

Wie konkret die Kriegsziele in dem (neuen Entente-) Vertrag auch formuliert sein mögen, muß doch daran hingemerkt und hervorgehoben werden, daß die Alliierten bereit sind, in Friedensverhandlungen zu treten, sobald die Gegenseite mit eindringlichen Forderungen erklärt, unter der Bedingung, daß alle Parteien auf Gewaltanwendungen verzichten.



Kreise Charlottenburg, Schöneberg-Neukölln, Tarnowisch-Benzen, Kattowitz, Halle, Kiel, Bremen, Gelsenkirchen, Duisburg, Essen-Stadt, Essen-Land und Mülheim (Ruhr), im ganzen also 12 Wahlkreise. Die Zahl der Abgeordneten würde sich dadurch von 443 auf 455 erhöhen. In Zukunft soll sich in jedem Wahlbezirk mit nur einem Abgeordneten, sobald die Einwohnerzahl von 250 000 überschritten ist, die Zahl der Abgeordneten automatisch vermehren.

#### Die Nachwahl in Bremen.

Die antisemitische Kandidatur des Gläsermeisters Wehlich scheint den Beifall der Konservativen nicht gefunden zu haben. Ein Wahlbüro der rechtsstehenden Parteien im Kreis erklärt nämlich, die Antisemiten hätten nicht den geringsten Anspruch auf die Kandidatur, vielmehr werde der Kandidat von dem Bureau aus ausgewählt werden. Kein Zweifel, daß die Konservativen das Mandat für sich haben wollen, wiewohl die rechtsstehenden Parteien im Kreis nur eine Minderheit der Wähler hinter sich haben. Diese Episode zeigt bereits, daß sich diese Wahl nicht burgfriedlich abspielen wird.

#### \* Die Versammlung verboten in Schlesien.

Die Militärbehörde in Breslau legt der Ausrüstung des Versammlungsrechts vorläufige Hindernisse in den Weg. Die Deutsche Vaterlandspartei kann Versammlungen erhalten, als aber der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Gothe in einer Volksversammlung in Breslau abhalten wollte, mit dem Thema: "Machterwerb oder Verständigungsfriede?", wurde die Genehmigung verweigert. Auf die von Herrn Gothe erhobene Beschwerde hat das Kriegsministerium jetzt folgende Antwort erteilt:

Die Genehmigung zur Austrittnahme der von Eurer Hochwürden geborenen in Breslau beabsichtigten Versammlung ist von der Kommandantur Breslau abgesetzt und erteilt worden, weil es sich um eine öffentliche politische Versammlung gehandelt hat und für den Bezirk des VI. Armeekorps Versammlungen solcher Art mit Mühe auf die besonderen Verhältnisse im Corpsbeirat, wie sie sich bei den Streiks und Unruhen im Sommer gezeigt haben, allgemein nicht zulassen sind. Das Verbot solcher Versammlungen trifft daher in gleicher Weise alle politischen Parteien. Eine Aufhebung des Verbotes kann einstweilen nicht in Betracht kommen."

#### Wahlkampf im Köln.

Eine außerordentliche Generalsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Köln-Stadt und -Land gab einem Abkommen zu den bevorstehenden Stadtvorstandswahlen ihre Zustimmung, wonach die beiden Rathausparteien daran eines raffinierten Wahlsystems bisher unvertretenen Sozialdemokratie drei Sitze freiwillig überlassen. Nur wenige Stimmen erklärten sich gegen die Vereinbarung. Das Zentrum stellt uns in der dritten Klasse zwei Sitze zur Verfügung, während die Liberalen einen Sitz in der zweiten Klasse freimachen, da sie in der dritten Klasse nicht vertreten sind. Zu Kandidaten wurden die Genossen Sollmann, Haas und Erkes bestimmt.

## Aus Über und dem Durchgang

Donnerstag, 1 November.

#### Kartoffeln.

Durch Bekanntmachung vom 12. Oktober ds. Js. hatte der Ausschuss für Kriegshilfe jedem Inhaber von Kartoffelkarten Gelegenheit gegeben, Kartoffeln für die ganze Winterzeit bis zum 28. April nächsten Jahres einzunehmen. Von dieser Gelegenheit ist, soweit es sich um die Abnahme von Kartoffeln bei den hiesigen Kartoffelhändlern handelt, nicht in angängendem Maße Gebrauch gemacht. Es ist urbedingt erforderlich, solche Stützungen in der Winterverpflegung verhindern werden, daß möglichst jeder, so eindeutig, der in der Lage ist, Kartoffeln frisch einzulagern. Nicht zu erkennen ist, daß der Kleinhändlerspreis für Kartoffeln, welcher durch die vom Reich festgesetzten hohen Erzeugerabsatzpreise bedingt wird, vielen die Veranlassung gibt, sich nur wochenweise mit Kartoffeln zu versorgen. Durch die gleichgebenden Körperschaften, welche die erforderlichen Geldmittel bewilligt haben, ist deshalb der Ausschuss für Kriegshilfe in die Lage versetzt worden, jedem, der Kartoffeln in vollen Zentnern einzunehmen beabsichtigt, eine Vergütung von 60 Pf. zu zahlen. Dadurch wird der Preis von 9,10 M. für den Zentner auf 8,50 Mark ermöglicht, gegenüber einem Kleinhändlerspreis von 9,50 Pf. bei der Abnahme in einzelnen Pfunden. Dieser Preisabschlag ist damit begründet, daß bei der Einlagerung von Kartoffeln durch natürlichen Schwund ein Gewichtsverlust entsteht, der auf etwa 10 Prozent zu bemessen ist. Mit Haushaltungsvorstände mit einem Einkommen bis zu 3000 M. tritt eine weite Ermäßigung von 1,50 M. ein, jedoch sich für diese der Preis auf 7 M. bei der Abnahme in vollen Zentnern verringert.

Um die Preiserhöhung den Verbrauchern anzuführen, ist die Ausgabe besonderer Gutscheine notwendig, welche über 60 Pf. bzw. 2,10 M. lauten und nur bei dem Händler in Zahlung gegeben werden können, in dessen Kundenliste der Inhaber eingetragen ist. Bei der Ausstellung der Gutscheine sind die Kartoffelkarten vorzulegen. Minderbetitelte, welche Anspruch auf einen Gutschein von 2,10 M. erheben, haben auch ihren Steuerzettel vorzulegen oder eine Bescheinigung des Steueramtes, daß sie kein steuerpflichtiges Einkommen haben. Andere Händler als auf dem Gutschein eingetragenen und ebenso Kartoffelerzeuger dürfen diese Gutscheine nicht in Zahlung nehmen. Sie werden seitens der Städtischen Kartoffelstelle nur denjenigen Händlern erteilt, auf dessen Name der Gutschein ausgestellt ist.

Ferner wird auch die Einnahme der Kartoffeln für die Zeit vom 29. April bis zum 15. Juli 1918 gleich 78 Tage durch die Ausgabe besonderer Kartoffelkarten ermöglicht. Die Kartoffelkarten für diese Zeit laufen über 1 Zentner, also über 22 Pfund mehr, als der zulässige Verbrauch beträgt. Diese 22 Pfund sind als Ausgleich für entstehenden Schwund gedacht. Auf die Inhaber dieser Kartoffelkarten haben Anspruch auf die Preisermäßigung, soweit die Kartoffeln bei diesen Händlern entnommen werden.

Die Ausgabe der Gutscheine und der Kartoffelkarten geschieht in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13 I, werktäglich vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, zunächst an die Bewohner der inneren Stadt für die Vorstädte wird Ähnliches in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden. Die Kartoffelkarten werden gegen Vorlegung des Lebensmittelbuches verabfolgt.

Durch einen vierter Nachtrag zu der Bekanntmachung über die Beschaffung der Kartoffeln usw. sind die Kartoffelerzeuger zur Abgabe von Spezialkartoffeln auch für die Zeit vom 29. April bis zum 15. Juli ermächtigt. Sie haben von den Verbrauchern die Kartoffelkarten einzuführen und der Städtischen Kartoffelstelle als Nachweis über den Verbleib ihrer Kartoffeln einzuführen.

Der Tarif-Ausschuss der Deutschen Buchdrucker, der in den Tagen vom 22.—25. Oktober in Berlin zur Beschlusssfassung zusammenkam, um den Mitgliedern der Tarifgemeinschaft das weitere Dasein zu gewährleisten, hat bei dieser Gelegenheit ebenfalls willens, das mehrmals nun von Bürgern, auch von einzelnen Behörden, dem Buchgewerbe dieserart Kritik für Herstellung von Druckstücken noch nicht bewilligt werden.

## Der amtliche Kriegsbericht.

### Der Sieg gegen die Italiener.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Novbr. (Amtlich).  
Im Westen, Osten und in Mazedonien keine größeren Kampfhandlungen.

#### Italienische Front.

Unseren schnellen Schläge im Osten, dem unvergleichlich jähren Ansharren unserer Truppen auf allen Fronten, insbesondere im Westen, ist es zu danken, daß die Operation gegen Italien begonnen und so erfolgreich weitergeführt werden konnte.

Gestern haben die verbündeten Truppen der 14. Armee dort einen neuen großen Sieg erzielt.

Teile des feindlichen Heeres haben sich am Tagliamento zum Kampf gestellt.

Im Gebirge und in der friaulischen Ebene bis zur Bahn Udine-Codroipo-Treviso ging der Feind fechtend auf das Westufer des Flusses zurück. Brückenkopfstellungen auf dem Ostufer hielt er bei Finzano-Dignano-Codroipo. In einer von dort über Bettolo-Pozuolo-Pavarano bei Udine vorspringenden Nachhutstellung leistete er heftigen Widerstand, um den Rückzug seiner 3. Armee auf das westliche Ufer des Tagliamento zu deden.

Von Siegeswillen getrieben, von unsichtiger Führung in entscheidender Richtung angefecht, errangen hier die deutschen und österreichisch-ungarischen Korps Erfolge, wie sie auch in diesem Kriege selten sind.

Die Brückenkopfstellungen bei Dignano-Codroipo wurden von preußischen Jägern, brandenburgischer und württembergischer Infanterie im Sturm genommen.

Auf allen Kriegshauplätzen bewährte brandenburgische und schlesische Divisionen durchbrachen von hier in unübersehlichem Anlaß die Nachhutstellungen der Italiener östlich des unteren Tagliamento und schlugen den Feind zurück, während erprobte österreichisch-ungarische Korps vom Tonza her gegen die letzten dem Feind verbliebenen Übergangsstellen bei Vatisca vorwärts drängten. Durch den Stoß vom Norden abgeschnitten, stellten, beiderseits umfaßt, mehr als 60 000 Italiener dort die Waffen. Mehrere hundert Geschütze fielen in die Hand der Sieger.

Die Zahl der Gefangenen aus der in dieser Woche so erfolgreich durchgeführten 12. Tonza-Schlacht beläuft sich damit auf über 180 000 Mann, die Summe der genommenen Geschütze auf mehr als 1500.

Die sonstige Wente ist an diesen Zahlen zu bemessen.

— Erste Generalquartiermeister.

Zudendorff.

auf dem Lande sind Arbeitskräfte und Fuhrwerk jetzt dringend für die Bergung und Beförderung der Kartoffelernte nötig. Aus diesen Gründen werden wir mit Paketen in den allgemeinen Zulieferungen von Mühlenfabrikaten rechnen müssen. Gleichzeitig muß angesichts der kleinen Zumeisungen eine Beschränkung in den Zulieferungen für die Massenversorgung und in der Vorratsversorgung von Kranken mit Nährmittel eintreten, worauf die Verträge auch bereits hingewiesen sind. Für Kinder im ersten und zweiten Lebensjahr, welche Kartoffeln usw. noch nicht genießen können, erfolgt nach wie vor in der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle Schulzettel 18, II, gegen Vorlegung des Geburtsausweises ein Umtausch der Reichsfleischmarke gegen Gutscheine für Weizengrütze. Bei dieser Gelegenheit kann schon darauf hingewiesen werden, daß aller Voraussicht nach in der Woche vom 4. bis zum 10. November eine allgemeine Verteilung von Leigwaren stattfinden wird. Gleichzeitig wird wieder eine Ausgabe von Kunsthonig, wie in den laufenden Wochen erfolgen. Nach den Mitteilungen der zuständigen Reichsstelle ist Ausicht vorhanden, daß für eine Reihe der folgenden Wochen regelmäßige Verteilungen von zuckerhaltigen Nahrungsmitteln erfolgen können."

Diese Beschränkung der Ausgabe von Mühlenfabrikaten wird gerade in den minderbemittelten Kreisen, die ganz oder fast ausschließlich auf die rationierten Lebensmittel angewiesen sind, sehr bitter empfunden werden, trotz der erläuternden Bemerkungen des Nahrungsmittelverteilungsausschusses, von denen man nicht weiß. Der Hinweis auf das zur Verfügung stehende Gemüse verliert sehr an Wert, wenn man die geltenden hohen Gemüsepreise in Betracht zieht.

Der Honigwucher vor Gericht. Ein umfangreicher Kettenhändel- und Kriegswucherprozeß nahm vor der 1. Strafkammer des Landgerichts II in Berlin seinen Anfang. Die Anklage richtet sich gegen 20 Personen — Männer und Frauen — die nach der Behauptung der Anklage einen Riesenposten Honig im Wege des Kettenhandels aus den Preis von 6,55 M. für das Pfund emporgereicht haben. Es sollen gewaltige Mengen Honig umgesetzt und wuchernde Preise erzielt worden sein. Der Kaufmann Karl Häuer aus Lübeck, der jetzt zum Militär eingezogen ist, hat etwa 75 087 Pfund Honig zum Gesamtprice von 111 324 M. (das heißt 1,30 M. bis 1,57 M. pro Pfund) von verschiedenen Händlern gekauft, bei sich in Lübeck gelagert und, als er die Erlaubnis zur Verarbeitung von Kunsthonig nicht erhielt, unter Ausnutzung der eingetretener Preissteigerung nach Lübeck, Kiel, Hamburg, Leipzig und Berlin weiterverkauft. Er will belegt gewesen sein, seinen Selbstkostenpreis auf 2,17 M. zu berechnen; er hat den Honig durchschnittlich zu 2,45 M. weitergegeben und soll so an jedem Pfund 5 bis 30 Pf. übermäßigen Gewinn, im ganzen etwa 11 850 M., erzielt haben. Von dem Honig kam ein sehr großer Posten nach Berlin und machte, indem er von Hand zu Hand ging, die verschiedensten Wandlungen und Wandlungen durch. Die 60 000 Gläser erwirkten dabei auf jeder Station Preisschläge, und der Preis stieg langsam auf 2,50 Mark, 2,95 M., 3,10 M., 3,90 M., 4 M., 4,50 M., 6 M. und 6,55 M. In den Fingern der Zwischenhändler blieben sehr hohe Gewinne kleben, aber auch die Kleinhändler zögerten nicht, ihrerseits durch Aufschläge auf den hohen Preis das Geschäft einträglich zu gestalten. Die Staatsanwaltschaft sieht die Strafsache als ein Musterbeispiel dafür an, wie durch Einziehung aller möglichen unnötigen Kettenhändler, die keine wirtschaftliche Berechtigung haben, der Preis für ein für breite Volksmassen wichtiges Nahrungsmittel weit über Gebühr in die Höhe getrieben werden kann. Über den Gang der Verhandlungen liegen keine näheren Berichte vor. Über den Ausgang des Prozesses wird gemeldet: Staatsanwalt Dominius erachtete die anwesenden 18 Angeklagten des Kettenhandels, zwei davon der Beihilfe für überführt. Es sei erwiesen, daß der Kaufmann Häuer in Lübeck einen Posten von 60 000 Gläsern Honig einem Magistratssekretär Hahn angestellt hatte. Dieser tat sich mit einem Händler Jacoby zusammen, übernahm den Honig, den H. für 1,30 M. angelauft hatte, für 2,90 M. für das Pfund und dann ist die Ware durch drei verschiedene Ketten von Hand zu Hand gegangen. Die Preise, die die einzelnen Kettenhändler erzielten, schwanken; sie berechnen sich bei dem einen auf 5 Prozent, dann wieder auf 2, 3, 5, 12, 5, 10, 6, 6, 25, 16 Prozent usw. So ist der Preis für den Honig von 1,30 M. auf 6,55 M. gestiegen. Der Staatsanwalt führte aus, daß hier ein typischer Fall von Kettenhandel vorliege, da die Angeklagten nicht als ernsthafte Großhändler, sondern nur als unniße Zwischenhändler zu betrachten seien. Ihre ganze Tätigkeit habe teilweise nur darin bestanden, eine Rechnung auszurechnen oder ein Telephon Gespräch zu führen. Die zwei Angeklagten, die wegen Beihilfe angeklagt waren, sind die Inhaber eines großen Delikatesgeschäftes in der Tuchmacherstraße zu Berlin. Ihnen fiel der Staatsanwalt vor, es sei Pflicht eines ordentlichen Kaufmannes, genau zu kalkulieren, was er fordern darf, wobei er die Marktpreise pflichtmäßig zu berücksichtigen habe. Hier haben aber die beiden in Frage kommenden Angeklagten auf den schon viel zu hohen Preis ihrerseits noch erhebliche Prozente aufgeschlagen. Der Staatsanwalt beantragte gegen acht Angeklagte zusammen 58 515 Mark Geldstrafe. Das Gericht kam nach vierstündiger Beratung mit Ausnahme von zwei Angeklagten, die freigesprochen wurden, zur Verurteilung sämtlicher anderen Angeklagten. Es erkannte gegen sie auf Geldstrafe von 500 bis 3000 Mark.

Tabakähnliche Waren. Gemäß einem Beschuß des Bundesrates vom 27. d. M. unterliegt vom 1. November 1917 ab die Herstellung von Waren aus tabakähnlichen Stoffen ohne Mitverwendung von Tabak, die als Erzeugnis für Tabak in den Handel gebracht werden sollen (tabakähnliche Waren), den Vorschriften des Tabaksteuergesetzes. Auch ist von tabakähnlichen Waren, die als Erzeugnis für tabaksteuerpflichtige Erzeugnisse dienen sollen, die Zigarettensteuer und der Kriegsaufschlag zu entrichten. Zur Herstellung tabakähnlicher Waren dürfen vom 1. November ab nur die in der Beilage zur Tabakeraufschlagsordnung aufgeführten Stoffe verwendet werden. Herstellern derartiger Waren ist dringend zu empfohlen, sich unverzüglich beim zuständigen Hauptamt zu erkundigen, ob und unter welchen Voraussetzungen ihnen die weitere Herstellung vom genannten Zeitpunkt ab gestattet werden kann.

Ein Zusammenspiel zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Pauschahersteller, das gerade aus dem Grundstück der Holzindustrie Lüttichau hervorgezogen wurde, ereignete sich gestern nachmittag in der Schwarzwälder Allee gegenüber der Marienstraße. Se wohl das Fuhrwerk als auch der mit Glasscheiben versehene Person des Straßenbahnwagens wurden erheblich beschädigt. Personen sind, soweit bekannt, nicht verletzt worden.

"Der Kriechen nach dem italienischen Kriege" lautet das Thema, über welches am Sonntag, 4. November, nachmittags 4½ Uhr in den Stadthallen. Herr Dr. Petersen aus Hamburg sprach hier über die Kriegsverhandlungen der Italiener und die Verteilung der Kriegsergebnisse. Der Kriegsverhandlung warnt, daß die Italiener nicht damit gerechnet werden kann, daß in jeder Woche eine Verteilung von Mühlenfabrikaten stattfindet, denn die Zuwachsungen durch die Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Fleisch an den hiesigen Kommunalverbänden sind, wie überall im Reich, auf Erlassung des Kriegsernährungsamtes aus wohl erwogenen Gründen und den nachstehend angegebenen umstehen Ursachen ganz erheblich beschränkt worden. Es besteht nämlich die Absicht, daß, wo die Kartoffelverförderung ausreichend ist und auf keine Witterungsschwierigkeiten stößt und gegenwärtig frisches Gemüse zur Verfügung steht, mit den vorhandenen Nährmitteln durchaus sorgsam umzugehen, damit während der Monate Januar bis April, also in der für die Versorgung schwierigsten Zeit, erhöhte Ausweihungen an Mühlenfabrikaten erfolgen können. Neben dieser Maßnahme ist, da verhältnismäßig auch die Herstellung von Mühlenfabrikaten auf Schwierigkeiten stößt, da in der Hauptstadt die Beförderung des Getreides aus den Landebieten zu den verarbeitenden Mühlen und von dort an die einzelnen Kommunalverbände nicht in ausreichendem Maße geschehen kann, da das zur Versorgung benötigte Material der Eisenbahn in erster Linie bis zum Eintritt der kalten Witterung für die Beförderung von Kartoffeln notwendig gehandelt wird. Auch

Gänglingskrippe. In der Kriegskrippe, Fleischhauerstr. 18, sind jetzt wieder einige Plätze frei, sodaß noch Kinder aufgenommen werden können. Es kommen dabei nur Kinder im Alter von 6 Wochen bis 3 Jahren in Frage, deren Mütter täglich auf Arbeit gehen. Falls die Mütter auch nachts arbeiten müssen, können sie ihre Kinder auch während der Nacht in der Krippe lassen, doch stehen dafür nur eine begrenzte Anzahl Plätze zur Verfügung.

Die Volksschule verfolgte im Monat Oktober 28.227 große Portionen. An 31 Tagen wurde gekocht, pro Tag 911 Portionen. Weiter wurden abgegeben 442 große Tassen Suppe zu 10 Pf. für 5158,80 M. Abendessen an Kinder für 827,65 M. Suppe

bb. Das Gerät seines Kollegen verpfändet. Erhielt und belogenen wurde ein Arbeiter aus Wittenburg, der vor längerer Zeit den Besitz eines Nebenarbeiters gestohlen, das Gerät eingelöst und den Inhalt desselben verpfändet hatte.

bb. Brotwucher. Festgenommen wurden zwei Arbeiter wegen Wunders mit Brot. Dieselben hatten es verstanden, sich in den Brotzügen mehrere Brötze zu sehen, die sie den Arbeitern des Hochöfenwerkes zu übermäßig hohen Preisen verkauft.

bb. Die Bevölkerung bestohlen. Festgenommen wurde ein Heizer aus Schönebeck, der einzigen Leute der Bevölkerung eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers verschiedene Sachen gestohlen hatte.

Cux. Der liberale Vorstand gegen den Verhandlungsfrieden. Die „Oberenburger Nachrichten“ bringen nachstehende Notiz: „Der Vorstand des Liberalen Wahlvereins für das Fürstentum Lübeck hat dem Reichstagsgesandten Althorn mitgeteilt, daß seine Erklärung, vertrauliche Mitteilungen hätten ihn veranlaßt — nicht Fraktionszwang — für die Friedensentschließung des Reichstags zu stimmen, den Konsort nicht überzeugt hätten, daß Herr Althorn richtig gehandelt habe. Die Annahme der Friedensresolution sei nach seiner Meinung ein Unglüx. — Die Wähler des Liberalen Wahlvereins lehnen den Standpunkt Althorns ab.“ — Die Wähler des Liberalen Wahlvereins sind bisher um ihre Meinung überhaupt noch gar nicht befragt worden. Das leugnet jedoch den Wert des Beschlusses der genannten Vorstandsmitglieder, die so tun, als seien sie die Wähler.

Hamburg. Fünf 10000 Mark Benzink gestohlen. Beamte des Nachschubkommandos nahmen einen Kraftwagenführer fest, der seit längerer Zeit nach und nach für 10000 Mark Benzink aus einem hiesigen Flugzeugwerk entwendet hat. Mit Hilfe von drei inzwischen ebenfalls verhafteten Hohlern feste er den Kauf zum Preise von 10 Mark für das Auto ab. Auch Fleischwaren, Käse, Kaffee und Zucker konnten, den „Alt. Nach.“, zu folge, bei ihm beschlagnahmt werden. Wahrscheinlich rührten auch diese Waren von Dienstleistern her.

Apenrade. Tödlicher Unglücksfall. Der Zimmerer Heinrich Hans aus der Töpferstraße, der auf dem Dache des

Dampfschiffspavillons mit Blechdachlagen beschäftigt war, starb hinterher. Der Betriebsleiter wurde schwer verletzt, doch der Tod auf der Stelle eintrat.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

## Neueste Nachrichten.

Berlin, 31. Oktober. (Umlauf.) Neue U-Boot-Erfolge im Vermessungsschlacht. 17 000 Bootso-Rегистertonnen.

Unter den versunkenen Schiffen befinden sich zwei große Passagierschiffe, von denen einer bewaffnet war und, nach der während des Sinks erfolgten Detonation zu urtheilen, Munitionsladung führte.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Bersenkung eines englischen Munitionsdampfers im Kanal.

Rotterdam, 30. Oktober. In der zweiten Oktoberwoche versenkte ein deutsches U-Boot im englischen Kanal einen aus Amerika kommenden bewaffneten englischen Dampfer mit folgender Ladung: 135 75-Millimeter-Feldgeschütze, 30 12-Zentimeter-Haubiken, 50 000 Feldgranaten, 22 000 12-Zentimeter-Granaten, 15 000 Handgranaten, 20 000 Gewehre, 6 Panzerautomobile, 11 Lastkraftwagen, 500 000 Patronen, 140 Maschinengewehre.

Berl., 1. November. Der „Vorwärts“ veröffentlichte die folgende Liste der Regierung: Graf Hertling Reichskanzler und Ministerpräsident. Stellvertreter des Reichskanzlers: von Baer (Volkspartei). Stellvertreter des Ministerpräsidenten: Friedberg (Nat.). Preußischer Handelsminister: ein fortschrittlicher Abgeordneter (Dove?). Staatssekretär des Reichserziehungsamtes noch unbekannt.

Dr. Helfferich hat sein Entlassungsgesetz bereits eingereicht. Von Herrn von Waldow erwartet man dasselbe.

Zürich, 31. Oktober. Die Gruppe der 142 Abgeordneten in der römischen Kammer hat in der Kammer einen Antrag eingebracht, der für eine gebührende Beantwortung der Rapportnote und für die Bereitwilligkeit, einen Brief an die Freiheit zu erlangen, eintritt und einen Beschluss der Kammer hierüber verlangt.

Zürich, 31. Oktober. Die „Neue Zürcher Zeit.“ meldet: Der Stadtpräsident von Rom hat den morgigen Sozialistenkongress verboten.

Kopenhagen, 31. Oktober. Zu der Kandidatur des Grafen Hertling für den Reichskanzlerposten meint „Politiken“: Graf Hertling sei gerade von den Kreisen für den Kanzlerposten vorgehoben, die eine Sprengung des Mehrheitsblots beabsichtigten. Als Politiker, Diplomat und Persönlichkeit steht Graf Hertling natürlich weit über Michaelis. Graf Hertling, so heißt es weiter, ist ein Mann alter Schule. Er ist nicht und kann nicht der Mann der Neuorientierung sein, der die Zeichen der Zeit versteht. Er ist ein offener Gegner altdänischer Erbauerpolitik, aber ebenso abweisend und fest in seinem Widerstand gegen die Ideen einer Demokratisierung und Parlamentarisierung. Hertling ist der Mann des alten Deutschlands, seiner Prinzipien, seiner Traditionen. Sein Alter wird ihm daran hindern, das neue Deutschland zu verfehlten, das sich trotzdem langsam durchringt.

Verantwortlich für die Rücksicht „Aus Süden und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Stettler. Den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Herausgeber: Th. Schwartz. Druck: Friebe, Meyer & Co. Görlitz in Süden.

## Bekanntmachung

### betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Die Förderung der Winterernte der Bevölkerung mit Kartoffeln gelten bis zum 15. Dezember 1917 folgende Bestimmungen:

I. Bezug von Kartoffeln für die Zeit vom 29. April bis 15. Juli 1918.

Personen, welche in der Lage sind Kartoffeln für die Zeit bis zum Beginn der neuen Ernte einzulagern, können Kartoffelkarten zum Betrage von je 1 Zentner Kartoffeln für die Zeit vom 29. April bis 15. Juli nächsten Jahres erhalten.

Die Karten werden gegen Vorlegung des Lebensmittelbüches in der städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I. ausgegeben zunächst an die Bewohner der Bezirke 1 bis 4 (innere Stadt). Für die Bewohner der übrigen Bezirke wird näheres in einigen Tagen bekanntgegeben.

Die Kartoffeln können bei hiesigen Kartoffelhändlern oder bei städtischen Kartoffelerzeugern bezogen werden.

II.

Gutscheine zu 60 Pf.

Jeder Inhaber von Kartoffelkarten, welcher Kartoffeln gentinerweise von einem von der städtischen Kartoffelstelle zugelassenen Kartoffelhändler erzielt hat, erhält für jeden von ihm auf Grund der Kartoffelkarte zu beziehenden Zentner einen Gutschein A im Betrage von 60 Pf.

III.

Gutscheine zu Mr. 2.10.

Gutschriftsaufgabe mit einem steuergünstigen Einkommen bis zu Mr. 3000 — und jolche, die zur Gutschriftsaufgabe nicht veranlagt sind, erhalten auf Antrag einen Gutschein B im Betrage von Mr. 2.10 für jeden auf Grund der Kartoffelkarte zu beziehenden Zentner. Bei Stellung des Antrages ist außer den Kartoffelkarten auch der Steuerzettel oder eine Bezeichnung des Steuerzettels, das der Auftragsteller nicht zur Steuer veranlagt ist, vorzulegen.

V.

Ausgabe der Gutscheine.

Die Gutscheine werden im Laufe des Novembers 1917 in der städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I. zunächst an die Bewohner der Bezirke 1 bis 4 (innere Stadt) ausgegeben. Für die Bewohner der übrigen Bezirke wird Näheres in einigen Tagen bekanntgegeben. Die Ausgabe geschieht nur gegen Vorlegung der Kartoffelkarten nach Abrechnung der entsprechenden Abhöfe, und zwar werden von jeder Kartoffelkarte mindestens 7 solche Abhöfe für 49 Pfund, abgerundet auf 50 Pfund gelten, abgetrennt. Zur Erfüllung je eines Gutscheines dürfen also nicht weniger als 2 Kartoffelkarten vorgetragen werden.

V.

Wiedereinführung der Gutscheine.

Die Wiedereinführung der Gutscheine geschieht am 1. Januar der städtischen Kartoffelstelle durch Zahlung des Gutscheinsatzes an den Berechtigten.

VII.

Strafbestimmungen.

Wer anders bestellt mit diesen Gutscheinen in unzulässiger Weise handelt, gegen diese Bestimmungen unterliegt den folgenden Strafbestimmungen.

Stadt, den 31. Oktober 1917. (3373)

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

## Vierter Nachtrag

zu der Bekanntmachung über die Bevölkerung der Karlsruhe aus der Erte des Jahres 1917 und über die Abgabe von Frühkartoffeln.

Personen, deren Berichtigung für die Zeit vom 29. April bis 15. Juli 1918 bestimmt ist, haben bereits jetzt geliefert werden gegen Abgabe der für diese Zeit bejahte ausgestellten Kartoffelkarte, welche zur Einschaltung vor einem Zentner Kartoffeln bereit.

Die städtischen Erzeuger haben die Kartoffelkartenabgabe auf Kartoffelkarten gegen welche sie Kartoffeln zu beziehen, bestimmt haben, so die städtische Kartoffelstelle obigte die Abnahme des Belegsatzes bei den ihnen gereichten Kartoffeln bestätigt.

IX.

Bestimmungen betreffend den befreiten Erzeuger.

Stadt, den 31. Oktober 1917. (3372)

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Dampfschiffspavillon mit Blechdachlagen beschäftigt war, starb hinterher. Der Betriebsleiter wurde schwer verletzt, doch der Tod auf der Stelle eintrat.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.

Stade. Lebendig verbrannt ist ein Kind des Arbeiters Heinrich Baumgarten von hier. Die Mutter hatte sich wenige Minuten vom Hause entfernt und ihre drei Kinder im Alter von 2, 4 und 6 Jahren allein gelassen. Das sechsjährige Kind hat angeblich keine Schärze über das brennende Dach gehabt, die sofort Feuer fing, und im Nu standen die Kleider des Mädchens in Flammen. Die Mutter fand das Kind nur noch als Leiche vor.</

## Kanzlerkrise, Wahlrechtskampf, England und der Friede.

Die Londoner „Daily News“ vom 3. Oktober beschäftigen sich in einem längeren Aufsatz mit der Haltung der deutschen Sozialisten zur Demokratie. Die Ueberschrift des Aufsatzes ist zweifelhaft. Sie lautet: „Der deutsche Sozialismus als ein Hilfsmittel zum Frieden“. Da aber der Inhalt des Aufsatzes nicht vom Frieden, sondern von der Demokratie handelt, so darf man daraus schließen, daß der Verfasser die Ansicht vertritt, ein Eintreten des deutschen Sozialismus für die Demokratisierung des Reiches werde zugleich den Frieden fördern. Der Verfasser ist Arnold Bennett, ein bekannter realistischer Romanautor Englands, der dem Sozialismus nahe steht. Er knüpft an eine Unterredung an, die er mit Georg Weißl hatte und in welcher der frühere sozialistische Abgeordnete von Mecklenburg erklärte, die deutsche Arbeiterklasse habe keinen Sinn für Demokratie; auch die unabhängigen Sozialisten — mit Ausnahme Bernsteins — zeigten kein Interesse für demokratische Probleme. Bennett ist geneigt, sich die Ansichten Weills zu eignen zu machen, aber er ist von deren Wahrheit nicht vollständig überzeugt. Er sagt:

Niemand ist unfehlbar, und es ist möglich, daß Weills Ansichten über den deutschen Sozialismus voreingenommen sind. Es ist sogar möglich, daß es dem deutschen Sozialismus ernst sei mit seinem Kampf für Reform und daß er die Kraft hat, seinen Kampf erfolgreich zu führen. Der Brückstein der inneren Politik Deutschlands ist das preußische Wahlrecht. Die preußische Wahlrechtsvorlage muß bald erledigt werden. Die Debatten werden wahrscheinlich in zwei Wochen beginnen. Wenn die deutschen Sozialisten ein Wahlrecht erhalten, wie sie es anstreben, so werden sie hierdurch zeigen, daß man mit ihnen rechnen darf. Werden sie aber mit einer Scheinreform abgespeist, so sind sie ein nicht ernst zu nehmender Faktor. Wir werden bald die Probe aufs Exempel haben.“

Nach diesen Ausschreibungen zu urteilen, wird der Sturz Michaelis' große Sensation in England hervorrufen. Ob aber die Sensation über dieses Ereignis sich zu einem Friedensfaktor in England verwandeln wird, ist eine Frage, die man nicht kurzerhand mit „ja“ beantworten kann, denn es ist fraglich, ob die Kreise, die Arnold Bennett vertritt, irgend welchen Einfluß auf die englische Politik haben.

## Die Massenheimkehr nach Friedensschluß.

Was muß geschehen, damit nach Friedensschluß der Arbeitsmarkt auf den dann zu erwartenden Ansturm von Arbeitssuchenden vorbereitet ist? Mit dieser Frage beschäftigte sich eine von der Kriegsministerialen Vereinigung in Berlin veranstaltete Konferenz an der Vertreter der Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und der sozialen Hilfsarbeit teilnahmen. Die Verhandlungen waren eine Kündigung für schleunige Vorbereitung der Maßregeln zur Verhütung von Notstandsaktion.

Der Referent Prof. Dr. R. Wilbrandt-Tübingen betonte die Schwierigkeit des Problems. Zu lösen sei dies noch nie dagewesene Problem der Unterbringung vieler Millionen Krieger, die in die Heimat zurückkehren, verändert an Leib und Seele und an Leistungsfähigkeit, doch gleich geblieben an Bedürfnissen, verlangen nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, jüngend nach Arbeit. Wenn auch darüber gestritten werde, ob Arbeitslosigkeit droht, so genüge doch die Unsicherheit, zur Vorsicht zu mahnen.

Während Wilbrandt besonders an die Notstandsaktion der Ausführung von Kanalsäulen dachte, legte der Korrespondent Ministerialdirektor a. D. Dr. Thiel das Hauptgewicht

auf die Landwirtschaft. Sie bietet die Möglichkeit, ein Heer von Arbeitskräften sofort aufzunehmen und zu produktiver Tätigkeit zu verwenden.

Geheimer Regierungsrat Dr. Feig vom Kaiserlichen Statistischen Amt sprach über den „Arbeitsmarkt nach dem Kriege“. Es genügt nicht, für Zentralisierung der Arbeitsvermittlung zu sorgen. Erforderlich sei Arbeitsaufbau in einem Maße; sie werde sich ermöglichen lassen durch Ausfüllung zukunftsreicher Arbeiten zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.

Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften behandelte Genosse Umbreit die Fragen der „Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung“. Der Mangel an Planmäßigkeit habe nach Kriegsausbruch bei der Umstellung uns bittere Erfahrungen gezeigt. Rechtzeitig sei die Erkenntnis gekommen, daß auch die Überleitung zur Friedenswirtschaft einer planmäßigen Vorbereitung bedarf. Die deutschen Gewerkschaften waren es, die nachdrücklich hierauf hinwiesen. Sie fordern, daß kein Kriegsteilnehmer nach Friedensschluß noch länger als nötig beim Heere zurückbehalten wird. Die Arbeitsbeschaffung für die Massen der Entlassenen werde sich natürlich nicht auf allen Gebieten gleichzeitig durchführen lassen. Unterscheiden müsse man zwischen einstweilen noch entbehrlichen Arbeiten und notwendigen, die zuerst zu berücksichtigen seien. Zu diesen gehören zum Beispiel die Landwirtschaft und das für die Wohnungsversorgung wichtige Bauwesen. Auf die Arbeitsbeschaffung sei selbstverständlich das Hauptgewicht zu legen, aber die Gewerkschaften können, erklärte Umbreit, auch auf die Arbeitslosenunterstützung nicht verzichten. Diese Aufgabe solle nicht wieder den Gewerkschaften überlassen bleiben, wie es bei Kriegsausbruch gewesen sei. Abgesehen von der den Gemeinden auszulegenden Pflicht, hier einzutreten, müsse endlich im Reich eine Arbeitslosenunterstützung kommen.

Der Schöneberger Stadtrat Dr. Lüdtke erörterte das „Großstadtproblem“ der Wohnungsnöte, das sich nach Friedensschluß und der Kriegserklärung uns aufdrängen werde. Den Groß-Berliner Gemeinden hielt er vor, daß sie bisher auf diesem Gebiete nichts getan haben. Das erklärte sich freilich aus der kommunalen Territorialität Groß-Berlins, aus dem Widerstand der preußischen Regierung gegen ein wirklich lebensfähiges Groß-Berliner Gemeinwesen.

Dr. Käte Gabel forderte in ihren Ausführungen über „Frauenarbeit und Heimarbeit“ den Ausbau der Frauenabteilungen bei den Arbeitsnachweisen. Die Notstandshilfe für die vielen nach Friedensschluß arbeitslos werdenden Frauen müsse im ersten Anschluß an die Arbeitsnachweise erfolgen.

Der Direktor Dr. Kuczynski vom Schöneberger Statistischen Amt behandelte den Zusammenhang zwischen „Wohnungsnot und Finanznot“. Die drohende Wohnungsnot ist so zu bekämpfen und die Wohnungsversorgung zu fördern, sei ohne Einreihen des Staates nicht möglich. Aus einer weitgehenden Erbschaftssteuerung werde man die erforderlichen Mittel nehmen können.

Doch die Möglichkeiten für den Wohnungsbau nach dem Kriege auch aus anderen Gründen nicht günstig sind, leute Laurat Ernst Bernhard dar. Zu allererst muß die durch den Krieg vollständig lahm gelegte Produktion für die Rüstungs- und militärische Nachfrage wieder aufgebaut werden, der Betrieb von Steinbrüchen, Ziegeleien usw.

Zum Schluß sprach Adolf Damaschke, der Vertreter des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten über „Kapital- und Bodenbeschaffung“.

Es wurde dann ein Arbeitsausschuß eingesetzt, in ihm wird auch die Generalkommission der Gewerkschaften vertreten sein.

## Die Entschließung der Mehrheit des Kongresses in Bordeaux.

Im folgenden geben wir den Wortlaut der von der französischen sozialistischen Mehrheit angenommenen Entschließung. Aus Raumgründen, die der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärlich macht, kann es erst heute geschehen. Die französische Entschließung lautet:

### Fiat justitia!

Von Th. Mügge.

#### 1. Krieg und Internationale.

**1. Auswärtige Politik:** Die sozialistische Partei stellt von neuem fest, daß, wenn auch die französische Regierung sich in glücklich gewählten Wahlen über die Kriegsziele ausgesprochen hat; daß, wenn auch die sozialistische Fraktion in der geheimen Kommission eine generale Zurückweisung gewisser Mandate in der geheimen Diplomatie durchgebracht hat; und daß, wenn die Kommission in ihren öffentlichen Sitzungen ihre Absicht kundgetragen hat, Geist der Erobrung und der Einnahme zu verwerten und den Bund der Nationen vorzubereiten, so haben doch nicht alle ihre Verbündeten dieselben Erklärungen im selben Grade abgegeben.

Es ist deshalb wichtig, daß die Regierung Frankreichs im Sinne der Initiative der russischen Revolution handelt, die eine Revision der Kriegsziele verlangt, von sämtlichen Verbündeten eine gemeinsame Erklärung erhält, die ihre nationalen Ansprüche mit den Anforderungen des Völkerrechts in Einklang bringt.

Es ist ebenfalls wichtig, daß im Hinblick auf Interessenkonflikte, die sogar unter den verbündeten Mächten möglich sind, die Regierungen der Entente einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abschließen, wonach sie dem Schiedsgericht, das zunächst von ihnen eingerichtet ist, und dann dem Bunde der Nationen die Aufgabe Hellen, die Interessen zu vertreten und das Recht zu bestimmen.

**2. Friedensbestimmungen:** Die sozialistische Partei, sich auf die von der sozialistischen Militärkonferenz in London im Februar 1915 angenommene Entschließung beziehend, erklärt in der Antwort auf den Fragebogen des holländisch-skandinavischen Ausschusses ihre Absicht, wie die Friedensbedingungen festgelegt werden müssen, um neue Kriegszeiten zu vermeiden und um der Welt die Gewähr der Sicherheit zu geben an Stelle der Herrschaft der angespanntesten Rüttungen, der Länderverlegungen und der strategischen Eindringlichkeiten.

**3. Parteiaktion:** Die Partei erklärt, daß sie es sich vornimmt, ihre Freiheit der internationalen Aktion vollständig zu erlangen. Sie appelliert an die öffentliche Meinung, damit diese die Lage begreife und auch den Leitern der Regierung zu verstehen gebe, daß der Wille, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, nicht nur nicht im Widerspruch zu den Interessen der überwältigten Völker steht, sondern vielmehr ihnen dienen könnte und daß es für diese keine nützlicheren Aufgaben gebe, als zu gestatten, daß gleichzeitig die Einsicht am Kriege und die Friedensbedingungen festgestellt würden.

Die sozialistische Partei erklärt also, daß sie ihre Absicht, Power für eine derartige Konferenz zu erlangen, nicht aufgibt und daß sie von der Regierung fordern wird, unserem Lande seine diplomatische Aktionskraft zu rauben, die man nicht vernachlässigen kann, ohne fundgut zu haben, daß man zur sozialistischen Vaterlandsliebe kein Zutrauen hat.

**4. Internationale Konferenz:** Um mit Sicherheit die internationale Konferenz vorzubereiten, mit der der Parteiausschuß vom 27. Mai sich im Prinzip einverstanden erklärt hat, und deren Bedingungen der Tötigkeit und des Erfolges in der Antwort auf den holländisch-skandinavischen Fragebogen festgestellt wurden, wird die Partei die Unterhandlungen mit den übrigen sozialistischen und Arbeiterparteien der Entente fortsetzen, und sie wird in zustimmendem Sinne das Schreiben Hendersons beantworten.

Im Hinblick auf diese Zusammensetzung und in Erwagung, daß die Antwort auf den geforderten Fragebogen das Höchstmöglichste von Gedanken und Aktionsmöglichkeiten der französischen Sozialisten enthält, und daß sie die feste Grundlage der internationalen Aktion der französischen sozialistischen Partei bildet, beauftragt der Kongress den Parteivorsitz, die Fraktion, die „Humanité“ und die Delegierten zum Internationalen Sozialistischen Bureau und zu den alliierten Ausschüssen, im Sinne und nach den Richtlinien dieser Antwort zu handeln.

Der Kongress erachtet außerdem den holländisch-skandinavischen Ausschuß, vor Zustimmung der Konferenz von allen sozialistischen Parteien, den kriegerführenden wie den neutralen, die Antworten auf den Fragebogen zum Zwecke der Veröffentlichung zu verlangen. Die Partei ist der Ansicht, daß kurze und rasch hinzuworfene Formeln nicht genügen, um die vom Kriege gestellten schwierigen Probleme zu lösen. Er erachtet insbesondere die russischen Parteien, eine eingehende Antwort zu geben.

Im Erwiderung auf ein Telegramm des Sowjet ergreift der Kongress die Gelegenheit, dem revolutionären Russland zu versichern, daß die französischen Sozialisten sich in vollständiger Übereinstimmung mit den französischen Nation befinden, um jede Kriegslösung zu verwerfen, die ein Opfer auf Kosten Russlands oder einen Sonderfrieden einfordert.

Euch das erlaubt? fragte er rauh. Meine Stabsoffiziere überliefern ich jetzt nur dem Protokoll, sie müßten denn ein Kapitalverbrechen begangen haben.

Der Major von Neuendorf hat ein Kapitalverbrechen begangen, erwiderte Herr von Katte mit seiner kalten Ruhe.

Was meint Er? Kennt Er diese heimliche Nartheit so?

Der Major von Neuendorf hat in dieser Nacht seinen Bruder erstochen.

Wie? fragte der König, indem er wie erstarzt stehen blieb.

Es ist unmöglich!

Es ist so, Majestät. Er hat ihn im Zweikampf erstochen.

Es kann nicht sein! sagte der König, den Kopf schüttelnd.

Neuendorf ist ein Tintenkleber, ein Komplizen, aber kein Bösewicht.

Er hat es im Raush geschlagen, sagte der Minister, und ist auf's ängstliche gereizt und beleidigt worden.

Hat er das wirklich getan, antwortete der König mit seierlichen Ernst, so muß er sterben. Seinen Bruder ermorden! Es war ein schlechter Kerl, sein Bruder, aber es war sein Bruder.

Er mir, wie es hergegangen ist.

Sie haben in der Wohnung des Majors ein scharfes Trinken gehalten, es sind viele Offiziere dabei gewesen. Als die Köpfe erhöht waren, ist es zum Streit gekommen. Der Bruder des Majors, der Kapitän von Neuendorf, hat diesem vorgesetzten, daß er ihn bei der Erbshaft seines Onkels betrogen habe, hat ihn Erbschleicher, Schuft und Schurke tituliert, und obwohl der Major lange Zeit an sich gehalten, ist er endlich auch hitzig geworden und hat sich verteidigt.

Das kann ich ihm nicht verdenken!

Darauf ist der Kapitän in äußerste Wut geraten und hat noch viel schlimmere Worte und Ehrenkränkungen gebraucht.

Hinausgeschmeien hätten sie ihn sollen, hätten es nicht dulden sollen. Den dem schlechten Kerl! fiel der König ein.

Alle Beruhigungen halfen nichts. Er sprang auf, riß einen Degen aus der Scheide, rannte auf seinen Bruder los und begehrte,

wenn er kein ehrlöser Wicht und kein seiger Hund sein wollte,

müsse er ihm auf der Stelle Genugtuung geben.

Bestie! schrie der König mit dem Fuße stampfend. Ich wollte ihm Genugtuung geben!

Dem Major blieb nichts weiter übrig, als sich zu verteidigen, sagte Herr von Katte.

Was? Wie? versetzte der König im strengen Tone. Er will doch nicht solche Greuel gutheißen! Man hätte dem tollen Kapitän den Degen entreißen und ihn binden müssen.

Majestät wollten bedenken, daß ein Offizier, der ehrlös und seige genannt wird —

Der König unterbrach seinen Minister. Ich bedenke nur meine Gesetze! Die soll jedermann heilig halten, sei er wer er sei, ein Kettler oder mein eigener Sohn. Fiat justitia, pereat mundus! Das ist mein Wahlspruch. Wer einen anderen mit dem

Degen entlebt, der soll als Totschläger betrachtet werden. Ich habe mein Mandat gegen Duelle nicht etwa zum Sack erschaffen. Duell ist Unison, ist Barbarei. Ich will es auf keinen Fall dulden. Jeder meiner Untertanen soll in seiner Ehre und seinen Rechten geschützt werden, daher gibt es Gesetze und Obrigkeit, aber wie wilde Tiere, die mit Hörnern und Zähnen sich zerreißen, das soll in meinem Staate keiner — wer er auch sei — keiner!

Der Major von Neuendorf hat, streng genommen, seinen Gegner nicht getötet, wandte der Generalauditeur ein, sondern dieser hat sich in blinder Wut auf ihn gestürzt und sich selbst den Degen in der Leib gerannt.

Das sind Adelssachen! rief der König, bleib! Er mit das fert. Der Major hat seinem Bruder das spitze Eisen entgegen gebracht, sonst könnte es nicht gegeben. Der mit ihm an einer Brust gelegen, den er hätte vertheidigen sollen mit seinem eigenen Leben, der ist von ihm jämmerlich aus der Welt geschafft worden. Mit hastigen Schritten ging er auf und nieder. Der Gedanke, daß ein Bruder den anderen umgebracht, empörte ihn.

Zwei Jahre später wollte er seinen eigenen Sohn in Weisel erstricken, und die Geschichte erzählt, welche Vorstellungen seiner höchsten Dienner und der mächtigsten Fürsten Europas nötig waren, um ihn davon abzubringen, den Kronprinzen als Deserteur hinrichten zu lassen. Jeden Delikte traf der Tod, auf jedes Duell waren fürstliche Strafen gelegt. Ja, blöde Herausforderung wurde mit dreijährigen harten Gefängnis und Vermögensabziehung während dieser Zeit geahndet. Vollzogener Zweikampf hatte zehn Jahr Gefängnis darunter zwei bei Wasser und Brot, zur Folge. Wurde einer der Duellanten getötet, so wurde dessen Beerdigung vom Schiedsgericht unter dem Galgen begraben; war es ein Unadeliger, ward die Leiche an den Galgen gehängt, den Raben zum Futter. Jeder Zeuge bei einem Duell verlor den vierten Teil seines Vermögens auf Lebenszeit.

Der König wollte das Duell austrotzen, darum gab er das furchterliche Gesetz und ließ es harmungslos vollziehen. Der adelige Duellant wurde, wenn er seinen Gegner tötete, für ehlos erklärt und mit dem Schwert hingerichtet. Der Unadelige wurde aufgehängt, das war der ganze starländische Unterschied.

Als Herr von Katte die flammanden, finsternen Blicke des Königs sah, und die gewaltigen harten Schritte, mit denen er aufkämpfte, wußte er, was in der Seele des Monarchen vorging. Er kämpfte mit keinen Grundfäßen und Gefühlen. Er hatte mehrere Offiziere hinrichten lassen, ohne mächtige Verwendungen zu bedenken, diejenen wollte er retten, und doch war es gegen sein Gewissen. Der Minister glaubte seinem Herrn zu Hilfe zu kommen, indem er aufzuladen sagte: Der Major von Neuendorf wird viele Verteidiger finden, denn er ist ebenso bekannt als ein besonders ruhiger und ernster Mann, wie gesäßt wegen seiner Kenntnisse und anmaßlichen Eigenschaften. Endlich ist allerdings die Tat beim Trunk und in der dadurch bewirkten Sinnesverwirrung geschehen. (Fortsetzung folgt.)

Im nächsten Morgen, als der Tag anbrach, war Herr von Katte schon im Palast und ließ sich dem König melden. Ehe dieser einen Rapport vom Kommandanten erhalten konnte, sollte er durch ihn erfahren, was geschehen war.

Als der Minister hereintrat, saß der König fertig angezogen auf dem Holzschemel am Tische, auf welchem zwei dünne Lichter auf eisernen Leuchtern brannten.

Als der Minister hereintrat, wandte der König den Kopf ihm hin und lachte. Aha, sagte er, da ist Er ja schon, hat Er jetzt beim Fell?

Ja, Majestät.

Alle beide?

Ja, Majestät.

Es ist also wirklich richtig mit der heimlichen Hetz?

Ja, Majestät.

Dann sollen sie sämtlich ihren Lohn kriegen. Der Pastor soll das Konfirmandum, das soll ihm abziehen. Das Weißbild habt Ihr doch gleich in's Loch bringen lassen?

Sie ist verhaftet, Majestät.

Wo ist der Major?

Auf der Hauptwache, Majestät.

Der König warf die Feder fort und stampfte auf. Wer hat

## II. Nationale Politik.

1. Landesverteidigung und Kriegskredite. Die Partei ist auch fernherin entschlossen, die nationale Einigkeit aufrechtzuerhalten zum Zwecke der Landesverteidigung und des Krieges für das Recht, also ohne jede Beimischung von Imperialismus. Sie weiß, daß es keine siegreiche sozialistische Bewegung in einem Lande geben kann, das einer fremden Herrschaft oder Oberherrschaft unterworfen ist.

Um sich ohne Vorbehalt und vollständig ihrem Lande hinzugeben, stimmt die sozialistische Partei für die Kredite zur Verteidigung des Landes und hat bis jetzt ihr Teil der Verantwortlichkeit — einschließlich der Teilnahme an der Regierung — getragen.

Der Kongreß erklärt, daß er die Kreditgewährung während des Krieges als das Symbol der Nationalverteidigung betrachtet. Echt wenn die Regierung, die diese Kredite fordert, imperialistisch wird oder schwäche zeigt, oder das Land an den Feind verliert, oder Verbrennen gegen die republikanische Regierungsform begeht, wird die Partei aufdringen, diese Kredite zu gewähren.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

2. Ministerialismus. Die Partei ist überzeugt, daß es in einer Demokratie, wie der unseren, keine wirkliche Nationalverteidigung geben kann, wenn diese nicht von republikanischen und sozialistischen Geiste besetzt ist, wenn sie nicht vom Willen der Billigkeit und Gerechtigkeit belebt ist, wenn diejenigen, die sie unternehmen, nicht ohne Zaudern und ohne Zögern bereit sind, nicht alle besonderen und gegenseitlichen Interessen dem Wohle des nationalen Ganzen zu unterwerfen.

Seit drei Jahren leidet das Land an veralteten Einrichtungen, von für den Krieg ungeeigneten parlamentarischen Methoden, die an der Spitze der Regierung einander abwechselnde Personen stellten, die sehr oft einen Mangel an Tatkraft und Voraussicht gezeigt haben.

Die beiden Kammern streiten mit einander, hören die Regierung und hemmen einander. Die Tätigkeit des Parlaments und die Regierung ist nicht organisiert; die Deputer werden für die Personen gemacht und nicht die Personen für die Deputer. Die Kriegsregierung pendelt von einer Zusammenziehung zur andern, ohne Regel und ohne Regel.

Aus diesen Gründen hat die sozialistische Partei nicht gezahlt, ihre Mitarbeit an der Regierung abzubrechen, um das Land zu teilen zu lassen. Über was das Prinzip der Partei an der Regierung anbetrifft, so erklärt der Kongreß, daß die Partei — während des Krieges — es systematisch nicht ablehnen wird, die Verantwortlichkeit der Regierung zu übernehmen. Nur wird diese Beteiligung bedingt und beauftragt sein.

Bedingt durch die Distanz zwischen dem Ministerpräsidenten und der sozialistischen Delegation, im vorhergehenden ein Einverständnis über das Aktionsprogramm der Regierung für Krieg und Frieden zu erzielen, sowie ein Einverständnis über die Bedingungen für dessen Verwirklichung durch die Zusammenzung der politischen Persönlichkeiten, denen die Partei sich zugewandt hat.

Bearbeitigt durch die Beziehungen zwischen der Partei und den Regierungsdilettanten.

Zum Schluß appelliert der Kongreß an die deutschen Sozialisten, dem russischen Beispiel zu folgen. In diesem Falle würden die französischen Sozialisten darüber wachen, daß die entstehende deutsche Republik nicht von den Alliierten überfallen und vernichtet würde.

Diese Zusicherung nimmt sich sehr schön im Munde von Leuten aus, die nicht einmal imstande waren, Reisepässen nach Stockholm zu erhalten.

Nach Annahme der langen Eröffnung, die alles beim Anderen läßt, hat der französische Parteitag in Bordeaux seinen Abschluß gefunden. Von den Wallerhaften und Friedensunterstützern über die Bedeutung der Stockholmer Konferenz in die Weichtheit die Siegerin gesiegt.

Zum Ergebnis der gegenwärtigen französischen Parteivertretung dürften folgende Angaben von Nutzen sein:

Es gibt gegenwärtig im nicht bezogenen Frankreich etwa 25 000 organisierte Sozialisten. Bei dem Kriege gab es ihrer 75 000. Ungefähr je 9 der gegenwärtig organisierten Sozialisten haben das Recht, auf dem Parteitag durch ein Mandat vertreten zu sein. Die französischen Parteitagsräte geben die Zahl der anwesenden Delegierten nicht an; aus den Abstimmungen geht jedoch hervor, daß der Kongreß insgesamt etwa 2000 Mandate hatte.

In der Partei machen sich folgende Richtungen bemerkbar:

1. eine Richtung, die den Combes-Morot geleitet ist und die Kriegsforderung „Ausou au bout“ (Krieg bis ans Ende) aufgestellt und den Gedanken der Stockholmer Konferenz bekämpft. Diese Richtung ist in der sozialistischen Fraktion durch 33 Kommandatärs vertreten.

In Bordeaux zählte sie zwischen 700 bis 800 Mandate; 2. eine Richtung, die von Renard, Thomas und Sembat geleitet ist; sie hat etwa 800 Mandate und ist ebenfalls für den Krieg bis ans Ende, aber sie will es nur notwendig, nach Stockholm zu einer internationalen sozialistischen Konferenz zu fahren, nicht etwa, um in einer Linie den Frieden zu fördern, sondern um die deutsche Sozialdemokratie in den Anklagepfand zu verjagen und das Recht Frankreichs auf Elsass-Lothringen zu proklamieren; 3. die Richtung, geleitet von Longuet und Schlemann; sie hat 800 Mandate und ist für einen Frieden eingetreten, für Stockholm, aber auch für die Bewilligung der Friedensfahrt und für Beteiligung an der Regierung, vorausgesetzt, daß die Regierung mit den anderen Revolutionen aufgeklärten Friedensbedingungen übereinkommt; 4. die äußerste Linie, die gegenwärtigen Zimmermaier, geleitet von Fréon; sie verfügt über 115 Mandate und ist für einen sofortigen Friedenszugeständnis, gegen Kreditbewilligung und gegen den Widerstand aus.

Jean Longuet berichtet von der zweiten Gruppe, die er „rechte Rette“ nennt, noch eine „eigentliche Rette“ ist, die durch Combes, Morot, Sémard berichtet wird; sie entstammt aus der rechten Linie, um, wie Longuet sagt, durch ältere und missverstandene Aktion die Möglichkeit älteren internationalen Erfahrung und ihre Erfolglosigkeit zum Ende zu kommen, zu beweisen.“

Auf dem Kongreß in Sodessay handelte es sich einzige und allein um eine Kreuzprobe zwischen Sicherheit und Widerstand, die letztere auf Grund ihrer Mehrheit in Paris um Umgebung den Wahnsinn erholte, daß ihr die Leitung der Partei und des Zentralorgans „Humanité“ gehörte.

Der Kongreß in Bordeaux konzentrierte sich auf zwei Anträge: je einer der Mehrheit und der Minorität. Renard und Sembat legten ihre Anträge in der zur Abstimmung gelangten Eröffnung nicht während Treffen am 1. und Sonntag für eine andere, den Erfolg der Minorität entgegengesetzte Eröffnung entgegen.

Bei der Abstimmung vereinigten sich die Rette und die Mitte auf die Eröffnung Renards, die 1502 Stimmen erzielte; die Eröffnung Sembats vereinigte sich mit 501 Stimmen, während ein Abstimmungsergebnis von 115 Stimmen erzielte.

Im Kongreß sagt Jean Longuet auf die Spaltung der Partei in zwei Fraktionen ein, die er aus dem Kongreß am Stockholm entnahm; und er will da zur Charakteristik der Spaltung mit: „Die Spaltung in zwei Fraktionen hat den Kubus der industriellen Erfahrung verzerrt, daß der Anteil Renards von 271 Stimmen gerade 1502 erzielt gegen 1291 Abstimmungen der Minorität, also eine Mehrheit von 218 Stimmen, während noch dem einen Stimmenanteil ein die Stimmen der sogenannten Fraktion der Kriegsförderer zugewandt wurden.“ Das ist in der Tat der Fall, denn es zeigt, daß die Mehrheit für die Minorität sprach, was unerwartet war.

Diese Minorität-Renard-Combes-Morot vertritt über 60 Prozent der Mandate und bleibt weiter bei der Leitung der Partei und der „Humanité“.

## Die Frauen und die Massenspeisung.

Von Anna Bloß.

Die Rücksicht auf die erwerbenden Frauen stehen den Gedanken der Massenspeisung, der vielfach früher von den Utopisten ausgesponnen, der in der Zeit vor hundert Jahren, als die große Hungersnot über Deutschland gekommen war, schon einmal praktisch ausgeführt wurde, schon vor dem Kriege zur Forderung werden. Der Gedanke wurde lebhaft befämpft, weil er von einem Sozialdemokraten ausgesprochen wurde. August Bebel tritt in seinem Buch: „Die Frau und der Sozialismus“ für die Beseitigung der Privatschulden ein: „Die Privatschule ist für Millionen von Frauen eine der anstrengendsten, zeitabwendendsten und verschwendendsten Einrichtungen, bei der ihnen Gesundheit und gute Laune abhanden kommen und die ein Gegenstand der täglichen Sorge ist, namentlich wenn, wie bei den allermeisten Familien, die Mittel die knappsten sind. Die Beseitigung der Privatschule ist eine ebenso rückläufige und überwundene Einrichtung wie die Werkstätte des Kleinmeisters. Beide bedeuten die größte Unwirtschaftlichkeit, eine große Verschwendungh an Kraft, Zeit, Heiz- und Beleuchtungsmaterial usw.“ Den Gedanken der Zentralnahrungsbereitungsanstalten führt auch Lily Braun aus. Sie schlägt in ihrer Broschüre „Frauenarbeit und Hauswirtschaft“ vor, daß in den Arbeitervierteln der großen Städte jede Mietkasche mit einer Zentralküche versehen sein sollte, die den Bewohnern ihre Mahlzeiten liefert. „In den Häusern der Arbeiterviertelshäusern müßte der Anfang damit gemacht werden; Kinderkarte und Krippe zum Tagesaufenthalt der Mutterlochen sollten sich anschließen; die genossenschaftliche Wirtschaft, der Einkauf im großen müßten durch die dadurch erzielte Erparnis die Kosten für die anzustellenden Arbeitskräfte aufbringen. Einfache Kommunen würden sich allmählich bereit finden, solche für die physische und moralische Gesundheit der Bevölkerung überaus wichtigen Häuser selbst zu bauen. Mit der Befreiung von der doppelten Arbeitslast der Hauswirtschaft und der außerhäuslichen Erwerbsarbeit würde einer der wichtigsten Teile der Frauenfrage der Lösung entgegengeföhrt werden. Und was für die Arbeiterfrau gilt, das gilt ebenso für die geistig tätige Frau.“ Lily Brauns Plan sond allgemeinen Widerstand. Selbst heute ist der Widerstand gegen die Verlegung der Privatschulen in Deutschland noch ziemlich groß. Es geht aber nicht mehr an, daß der Kochlöffel das einzige Zepter der Frau ist, daß der Kochlöffel die Grundlage des Familienebens bildet. Von einer Verstärkung der Familie durch Zentralisation des Haushalts kann weniger denn je gesprochen werden. Unendlich viel Familienleben ist längst zerstört, weil die Erwerbsarbeit die Frau aus dem Hause treibt, weil die Heimarbeit ihr keine Zeit läßt, die Doppelarbeit von Erwerbs- und Hausarbeit zu tragen. Zudem wird durch die Knappheit der Lebensmittel leicht die Krise der Massenspeisung eine dorrende Notwendigkeit. Dr. Epstein-Münch weiß nach, daß an Zeit und Energie großer Mangel besteht (die Kartoffel enthält nur 2 Prozent), so daß dafür Sorge getragen werden muß, daß von diesen für die Ernährung wichtigen Stoffen kein Atom für die Volksernährung zu Gunsten kleiner Kreise der Besitzenden verloren gehen darf. Dies kann aber nur durch die Massenspeisung bewirkt werden. Nicht nur, daß der einzelne es nicht versieht, ein Stoff zusammenzustellen, welcher die größten Nährstoffen liefern, steht in jedem Haushalt eine Menge des die meisten Nährstoffe liefernden kostbaren Fettes verloren, während das Fleischerscheint nicht genug hergestellt wird, teils aus Unterschätzung des hohen Wertes der Grüne, teils aus Unterdrückung ihrer zahllosen Zubereitungsmöglichkeiten, aus Mangel an austreffender Kochkunst.“ Dr. Epstein ist für die Heranziehung von Grünanlagen und Ernährungsberatern. Die Krise, ob Zwangsmobilisierung oder freie Wahl, würde sich von selbst lösen und davon abhängen, ob nach Beschlagnahme aller für die Massenspeisung unbedingt notwendigen Lebensmittel noch genügend für den Freien Markt bereit steht.“ Da ja heute schon der Marktstandort der Ernährung aus Sicht der Frauen und Gewerkschaften bestellt ist, würde für den archten Teil der Bevölkerung der Bewegung der Mahlzeiten aus den Zentralküchen eine Verbesserung der Lebensqualität wie bei der Eröffnung der Stockholmer Konferenz erwartet. Wenn ein kleiner Kreis von Mäßigabendenden dabei beschworen würde, so wäre dies angesichts der Tatsache, daß allen Kreisen geforderten Opfer kein unberechtigtes Verbrechen.

Aus diesen Gründen hat die sozialistische Partei nicht gezahlt, ihre Mitarbeit an der Regierung abzubrechen, um das Land zu teilen zu lassen. Über was das Prinzip der Partei an der Regierung anbetrifft, so erklärt der Kongreß, daß die Partei — während des Krieges — es systematisch nicht ablehnen wird, die Verantwortlichkeit der Regierung zu übernehmen. Nur wird diese Beteiligung bedingt und beauftragt sein.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Der Kongreß bestätigt demnach die früheren in dieser Beziehung geführten Entwicklungen und verlangt von den Gewichteten die Anwendung derselben.

Soviel über die Tugendhaft der Herren aus dem Osten. Aber die Sache ist so dringend, daß man sie auch noch in einer Nachschicht beschäftigen will. Abends sollen sie in Werbeversammlungen sich über die Stimmung der westdeutschen Industriearbeiter unterhalten. Sie sollen aufklärende Vorträge halten, von denen man hofft, daß die Arbeiter die Kriegsleistungen der Landwirtschaft günstiger beurteilen lernen werden, als sie es heute tatsächlich tun. Insbesondere sollen die Bemühungen der Vertreter des Ostens das Ziel haben, den Arbeitern rechnerisch nachzuweisen, daß die Kriegsgewinne der Landwirtschaft gar nicht so groß seien, wie verschiedentlich herausgerechnet worden ist.

Wir freuen uns, so schreibt man uns dazu aus dem Westen, auf die Bekanntschaft mit den östlichen Gästen. Wir werden bestrebt sein, ihnen den Aufenthalt in unseren Versammlungen so interessant wie möglich zu machen. Sie brauchen nicht zu befürchten, daß die Arbeiter durch schwärmerische Zuschauerschaft ihrer Ausschüttungen den Besuch der anarachistischen Beratensleute etwas um die möglichen Ergebnisse bringen werden. Die westdeutschen Industriearbeiter werden vielerlei die Besuch aus Appellen ganz nach dem preußischen Warzenspruch behandeln: Souvenir cuique! Seien das Seine! Man lasse es also leuchten, das Licht aus dem Osten!

## Aus der Partei.

Der Parteivorstand hat sich konstituiert. Seine Adresse ist wie bisher:

Wilhelm Pfannlach, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Alle Geldsendungen sind nur an

Otto Braun, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

zu richten. (Postfachkonto Nr. 7918, Dr. Bartels, F. Ebert, O. Braun, Berlin, Lindenstraße 3, beim Postgeschäft Berlin.)

Nach § 23 des Organisationsstatuts der Partei ist die Kontrollkommission zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerde-Instanz eingesetzt. Alle Zuschriften an die Kontrollkommission sind an deren Vorsitzenden

Fr. Brühne, Frankfurt a. Main, Bleidenstraße 33 zu richten.

Die Bezirks- und Landesvorstände ersuchen wir gemäß § 20 des Organisationsstatuts, ungeliebte Wahl ihrer Vertreter im Partei-Ausschuß vorzunehmen und uns deren genaue Adresse, auch die des Stellvertreters, mitzuteilen.

Außerdem ersuchen wir die Landes-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen, die genauen Adressen ihrer Vorsitzenden und Kassierer nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen.

Berlin, 30. Oktober 1917.

Der Parteivorstand.

## Socialles.

Vollstoffsorge. Die sozialistisch-genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft Vollstoffsorge hat auch in den letzten beiden Monaten wieder erstaunliche Erfolge erzielt. Es wurden im August und September nicht weniger als 6667 Neuabschlüsse gemäß, genau viermal soviel wie in den entsprechenden beiden Monaten des Jahres 1915.

## Aus dem Gerichtstagl.

39 000 Mark Geldstrafe wegen Butterungleichhandls. Einem blühenden Schleichhandel mit Butter war die Polizei auf Grund einer anonymen Denunciation auf die Spur gekommen. Der Händler Albert Höfe, der waren unbekannt